

Interfraktioneller Antrag zur Aufhebung des Beschlusses zum Umbau/Erweiterung und Neubau Kinderkrippe „Krabbennest“ Ruit und zur neuen Beschlussfassung im Rahmen der inzwischen veränderten Rahmenbedingungen



Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wieder einmal ist es in Bretten so weit: wir haben als Gemeinderat eine Entscheidung zu treffen, an der Wohl und Wehe ganzer Generationen zu hängen scheint. Und wir sind bereits wieder an einem Punkt, in der eine sachliche Debatte schon kaum noch möglich ist.

- Eltern demonstrieren für den Neubau, weil Bildung am bisherigen Standort nicht mehr möglich sei.
- Im Blog eines Kandidaten für die Gemeinderatswahl heißt es gar: „Wieviel darf ein Menschenleben kosten?“ als Argument für den Neubau.

Mit solchen Argumenten ist die Diskussion eigentlich schon zu Ende. Denn wer möchte sich ernsthaft schuldig machen und nochmals für eine Sanierung votieren, wenn solche Szenarien im Raum stehen?

Dabei ist es selbstverständlich: die **Verkehrssituation ist** ein wichtiger Aspekt. Es gibt für uns Grüne aber noch weitere Kriterien, um die Abwägung zu treffen.

Zunächst und an erster Stelle steht die Frage der besseren Umsetzung der **pädagogischen Arbeit** und der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Hier hat ein Neubau klare Vorteile. Das gemeinsame bzw. zentrale Mittagessen ohne Hin und Herwandern ist ebenfalls ein für uns ganz wichtiges und gutes Argument.

Es ist aber nicht so, dass wir uns hier zwischen *schlecht* und *gut* entscheiden. Denn bei der ersten Abstimmung haben wir einstimmig die Sanierung befürwortet. Es wurde weder die Nichtumsetzbarkeit einer guten frühkindlichen Bildung angeführt noch wurde die Verkehrssicherheit als Gegenargument eingebracht.

Es geht also um die Frage, ob wir am neuen Standort die Arbeit und die Verkehrssituation **besser** hinkriegen als am alten Standort.

Der dritte Punkt ist die **Finanzierung**. Um hier eine plausible Entscheidung treffen zu können, müssen die vollständigen Kosten **beider** Varianten vollständig und transparent auf dem Tisch liegen. Dazu gehört für uns Grüne bei der Sanierungsvariante der weitere Zukauf von Grundstücken, um mehr Außenfläche für die Kita zu generieren und eine Umgestaltung der Verkehrssituation. Eine **Kita an der Hauptstraße** erfordert aus unserer Sicht den Umbau der K 3570 (Knittlinger Straße) auf 100 Meter zur verkehrsberuhigten Zone.

Jedoch auch bei einem **Neubau** an der Schule ist die Finanzierung keineswegs bis aufs letzte Komma heute schon klar.

- Schwer kalkulierbare Folgekosten für die **Erschließung** (z.B. durch den Umbau des oberen Teils des Bergwegs, der Bau von Stellplätzen) und die deutlich spätere Fertigstellung müssen einbezogen werden.
- Es ist ernst zu nehmen, wenn die Verwaltung betont, dass die **Betriebskosten** für einen Neubau künftig allein bei der Stadt lägen. Wir halten die Beteiligung der Träger bei den Investitionen auch weiterhin für wichtig und geboten.
- Auch für die in der Argumentation der Verwaltung angesprochene **Signalwirkung** brauchen wir klare Regelungen bei künftigen Vorhaben, denn die Finanzierungsstruktur muss insgesamt ausgewogen und gerecht sein, auch für die anderen Stadtteile, für die Kernstadt und für alle Träger.

Und auch die Verkehrssituation bei der Schule birgt Fragen. Eine dezentrale Lage im Grünen generiert Hol- und Bringverkehr. Auch dies ist eine Gefahrenquelle. Es kann aus unserer Sicht nicht darum gehen, diesen Verkehr an einem neuen Standort zu *optimieren*, sondern ihn zu *minimieren*. Das fußläufige Erreichen der Kita in zentraler Lage ist ein Aspekt, der in der Debatte etwas zu kurz kommt. Wir brauchen keine autogerechten Kindergärten, sondern kindgerechte Verkehrssituationen!

Bei der Entscheidung zwischen einem 80%-Neubau am alten Standort und einem vollständigen Neubau an einem anderen Standort geht es nicht nur um die Kita Ruit. Die Signalwirkung auf künftige Finanzierungsmodalitäten habe ich bereits angesprochen. Ich möchte noch einen weiteren Aspekt hinzufügen: In unserer Haushaltsrede haben wir GRÜNEN das Ziel formuliert, das letzte Kita-Jahr **beitragsfrei** zu stellen. Dies ist uns wichtig, denn diese Maßnahme käme **allen** Familien in Bretten zugute.

Aber: Haushaltsmittel sind nun mal endlich und ob es uns gefällt oder nicht: Wir müssen als Gemeinderäte Prioritäten setzen und die kommunalen Aufgaben der verschiedenen Ressorts gegen- und miteinander abwägen. Wer für einen gelben Asphalt ist, ist damit noch lange keine Gegner einer neuen Kita. Es ist schon etwas komplizierter.

Hinzu kommt: Die derzeitigen Konjunkturprognosen sind auch für Bretten relevant. „Die fetten Jahre sind vorbei“ ist derzeit in Haushaltsdebatten immer mal wieder zu hören. Auch wenn ich diesen Satz im Geiste immer ergänze um die Anmerkung „Es kommt immer darauf an, für wen“, weist doch einiges darauf hin, dass es in den nächsten Jahren nicht mehr so leicht sein wird, eine nachhaltige Finanzierung umsetzen zu können.

Fazit:

- Das ungeklärte Risiko, künftig zunehmend ohne Trägerbeteiligung die Investitionskosten als Stadt allein tragen zu müssen,
- Die für uns elementare Beitragsfreistellung für alle Familien in allen Kitas,
- und die zu erwartende konjunkturelle Abkühlung, die übrigens die gesicherte Finanzierung beider Neubauvarianten durchaus fraglich erscheinen lässt,

hat uns letztlich zur Entscheidung gebracht, für den bisherigen Standort zu votieren.